

nicht sinnvoller, bei der Auswahl deiner neuen Produkte darauf zu achten, dass sie einfach zu reparieren sind? Musst du das Produkt kaufen oder würde es sich nicht lohnen, das Produkt nur zu leihen? Wärest du bereit, ein Produkt nicht zu besitzen, dafür für die Verwendung und Funktionsfähigkeit zu bezahlen? Du entscheidest und beeinflusst die Ausrichtung der Wirtschaft.

Dennoch, der Mensch ist beeinflussbar und wird oft vom Geld gelenkt. Ich bin der Überzeugung, dass Anreize von finanzieller und regulatorischer Natur, nebst Bewusstseinsförderung und Kampagnen, weiter nötig sind, um den Konsumenten zu lenken. Neue Verkaufsmodelle, Technologieförderung und Innovation können sinnvolle Wege sein, um dies zu verstärken und eine nachhaltige und umweltschonende Ressourcennutzung sicherzustellen.

Als Mitgründerin vom Unverpackt-Laden „Chez Mamie Zürich“, der Lebensmittel und Kosmetikprodukte im Offenverkauf anbietet, weiß ich, dass

Wir brauchen finanzielle und regulatorische Anreize zur Konsumentenlenkung

es Mut und Risikobereitschaft braucht, um neue Wege zu beschreiten. Dabei geht es um viel mehr als nur darum, Verpackung zu vermeiden. Man verschwendet weniger Lebensmittel, wenn man die Produktmenge selbst bestimmt, wenn man die Produkt-

mischung selbst gestalten kann und wenn durch das selbstständige Abfüllen ein stärkerer Bezug zum Lebensmittel geschaffen wird. Optionen zu Abfallvermeidung sind noch Mangelware, ob in der Schweiz oder in Indien. Ein Zero-Waste-Laden ist ein Schritt im Konsumbereich, doch es gibt noch viel mehr Potenzial in verschiedensten Bereichen – und in meinem Kopf noch viele Ideen.

Tief versunken in Gedanken schrecke ich auf, als ich über einen Pflasterstein stolpere. Ich fange mich gerade noch auf, grinse etwas beschämt und merke im selben Moment, dass ich bereits zehn Meter am Büro vorbeigelaufen bin. Ich sollte in Zukunft besser aufpassen. • •

[Andrea Wehrli hat sich in ihrem Kolleg-Jahr mit nachhaltigem Abfallmanagement beschäftigt.](#)

Viele zurücklassen?

Soziale Inklusion als Kernelement der Entwicklungsagenda

Andreas Holzinger | An einem ruhigen Dezemberabend um 21.30 Uhr steige ich aus der modernen Metrostation empor und atme die staubige Luft von Neu-Delhi ein. Ich bin mit Dankbarkeit und Ehrfurcht erfüllt. Mit mehr als 200 Akteuren und Organisationen habe ich in meinem Kolleg-Jahr sprechen können; jedes einzelne Gespräch war, jedes Gespräch ist etwas Besonderes. So laufe ich auch an diesem Abend, begleitet von einem Bekannten, durch enge Straßen und Hintertüren, bis ich in einem Labyrinth von Gassen an meinem Ziel ankomme: Ein alter, verwaschen orangener Vorhang trennt mich und meine Begleitung

von dem Gemeinschaftsgesundheitszentrum. Begleitet werde ich, da dieses Gespräch nicht auf Englisch stattfinden wird, sondern auf Hindi.

Zwei der Aktivist*innen, Aadhya und Niti, nehmen mich freundlich in Empfang. Über die vergangenen Monate habe ich Einblicke in Realitäten sammeln dürfen, die durch Tausende Kilometer zwischen Südost- und Südasiens sowie Süd- und Ostafrika auf den ersten Blick so entfernt voneinander scheinen und doch so viele Gemeinsamkeiten aufzeigen: Geschichten von Ausgrenzung, Gewalt und Isolation, gepaart mit Visionen, dem Willen zur Veränderung und ausgeprägter Leidenschaft.

Diskriminierung ist nicht nur ein alltägliches Konstrukt, mit dem die Betroffenen konfrontiert sind. Sie wird durch staatliche Institutionen und Normsetzungen verstärkt und verfestigt. Wenn Identitäten kriminalisiert werden, wird das Leben nachhaltig beeinträchtigt – mit spürbaren persönlichen, politischen und sozialen Folgen. Die Diskriminierung hat Auswirkungen auf die Produktivität ganzer Volkswirtschaften, auf die Stabilität von Ländern und Regierungen. Soziale Ungleichheiten verhindern gesellschaftliche und wirtschaftliche Entfaltung. Die bisher wenig beachtete Verwundbarkeit gesellschaftlicher Minderheiten ist daher insbesondere in Bezug auf Armut zu berücksichtigen: Inklusion in ihrer politischen, programmatischen und strategischen Dimension ist wesentlich für effektive Armutsbekämpfung.

Diskriminierung beschädigt den sozialen Zusammenhalt und die Volkswirtschaft

Vom Sammeln der Daten zur minderheitengerechten Budgetierung

Das Konzept des „Minority Stress“ hilft dabei, Folgen von Diskriminierung zu erklären. Diese Folgen können, erstens, gesundheitlicher Natur sein und sich aufs Mentale beschränken, solange keine körperlichen Angriffe, Vergewaltigungen oder Tötungsversuche vorliegen. Diese Folgen können sich, zweitens, auf die Bildung beziehen. Dabei geht es etwa um Mobbing, das zu Fehlzeiten im Unterricht bis hin zum Schulabbruch führt. Das wirkt sich, drittens, auf die Arbeitswelt aus – mit weniger Jobchancen aufgrund diskriminierender Rekrutierungsprozesse oder einer feindseligen Arbeitsatmosphäre. Als Trans*frau hat Aadhya nicht nur staatliche Gewalt durch indirekte Staatsverfolgung zu befürchten, sondern ist erhöhten gesundheitlichen Risiken und extremer Armut ausgesetzt, ganz abgesehen von der alltäglichen Angst, wenn es etwa darum geht, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen.

Um die Tragweite des Problems zu verdeutlichen, fehlt vor allem eines: ein entsprechender Datenbestand. Diskriminierungserfahrungen werden in den meisten Ländern nicht hinreichend dokumentiert. Somit fehlt die Grundlage einer quantitativen Beweislage von Relevanz und Größenordnung der sozialen und ökonomischen Folgen struktureller Diskriminierung.

Vereinzelte Initiativen geben allerdings Anlass zur Hoffnung: So werden in einigen Gesundheitszentren in Johannesburg oder Kapstadt bereits Fälle der – umgangssprachlich bezeichneten – „korrektiven Vergewaltigungen“ von lesbischen Bewohner*innen in den Townships aufgenommen und dokumentiert. Le-

sedi, Gesundheits- und Gewaltpräventionsexpertin einer zivilgesellschaftlichen Organisation, beklagt die mangelnde Unterstützung der betroffenen Patient*innen. Sie weiß um die Wichtigkeit von Daten, um Finanzierungsbedarf zu vermitteln und Politikansätze zu untermauern. So begründete das indische Verfassungsgericht im Jahr 2013 die Rekriminalisierung von homosexuellen Praktiken mit der Annahme, dass die Anzahl der Betroffenen zu vernachlässigen sei.

Nationale und multilaterale Institutionen der Entwicklungszusammenarbeit beginnen, sich der sozioökonomischen Inklusion von Minderheiten anzunehmen.

Inklusion wird in der Entwicklungszusammenarbeit nicht angemessen operationalisiert

Dabei sollte das Thema längst Eingang in die Diskussionen über soziale Kohäsion gefunden haben. Denn der gesellschaftliche Zusammenhalt ist entscheidend für die Festigung von liberalen Demokratien und die Stabilisierung von Staaten. Soziale Exklusion und horizontale Ungleichheiten bieten die Grundlage für soziale Konflikte.

Auch wenn es derzeit in Mode zu sein scheint, den Fokus in der Entwicklungszusammenarbeit auf Minderheiten wie geschlechtliche und sexuell diverse Menschen zu setzen, so fehlt doch eine klare institutionelle Antwort. Unzureichende Budgets zeigen, dass die Bedeutung von sozioökonomisch ausgegrenzten Minderheiten für die Armutsbekämpfung verkannt wird.

Wenn das Leitmotiv „niemanden zurücklassen“ der Agenda 2030 nicht nur deklaratorisch sein soll, dann müssen Politik und Wirtschaft sich damit beschäftigen, wie eine ernstzunehmende Einbindung von Minderheiten erreicht werden kann. Die Unkenntnis über das Ausmaß und die Auswirkungen von Exklusion ist in vielen Ländern besorgniserregend.

Es gäbe durchaus konkrete, innovative Ansätze, die in der Entwicklungszusammenarbeit zum Einsatz kommen könnten, um struktureller Diskriminierung zu begegnen. So könnte man das gendergerechte Budgeting um das minderheitengruppengerechte erweitern: Projekte, Finanzierungsströme und Entscheidungsprozesse könnten so konzipiert werden, dass Minderheiten fair integriert werden. Doch die Förderung solcher Ansätze fällt aus deutscher Sicht mager aus: So haben im Jahr 2016 lediglich drei deutsche Ministerien Fördermittel im Wert von knapp 750 000 Euro, einem Bruchteil der Entwicklungshilfe, bereitgestellt, um Menschenrechtsarbeit von geschlechtlichen und sexuellen Minderheiten im globalen Süden zu unterstützen. Und das, obgleich vorsichtigen Schätzungen zufolge diese Bevölkerungsgruppen rund 1 Prozent der Gesamtbevölkerung ausmachen. Aktuellere Erhebungen deuten an, dass sich der Anteil sogar bei 10 Prozent einpendeln könnte.

Als ich an diesem Dezemberabend nach Hause komme, lassen mich einige Fragen nicht los. Was können wir tun, um große Geberinstitutionen zu einer minderheitengerechten Budgetierung zu bewegen? Das gilt gerade vor dem Hintergrund noch nicht überwundener Diskurse der Ausgrenzung bei uns zuhause. Ein Paradigmenwechsel ist nötig, der das Thema nicht mehr nur als Randthema sieht, sondern als einen wichtigen Indikator für die Ernsthaftigkeit, mit der wir soziale und wirtschaftliche Teilhabe in der Entwicklungsarbeit betreiben. ●●

Andreas Holzinger arbeitet als Berater zur sozialen Inklusion von Minderheiten.